

Zu diesem Heft – Idealisten und Realisten

Die Welt, mit der sich der Mensch auseinandersetzt, anfreundet oder entfremdet, das ist das Thema der Philosophie seit der Antike. Die Rede von der Weltgesellschaft, die in der Soziologie in verschiedenen Schulen zu finden ist, zeugt freilich weniger von einer besonders weiten Ein- und Übersicht in grenzübergreifende Funktionen und Strukturen als vielmehr von der Herkunft aus der Philosophie. Sobald der Anspruch der Allgemeingültigkeit von Aussagen für alle Menschen verlassen wird, hört die Philosophie auf, und es beginnt die diskretionäre soziologische und politische Empirie. Die Kritische Theorie hat an der Grenze der Fächer nie haltgemacht und sich über die Marx'sche Theorie als umfassende Gesellschaftstheorie verstanden. Georg Rilinger beklagt, dass sie die Grenzen der Philosophie immer seltener überschreitet und dass nach der Ablehnung des Paternalismus zu wenig vom politischen Projekt bleibt.

Auch in den Politikwissenschaften ist die Rede von einer Weltpolitik, die die Aufgabe habe, den Weltfrieden zu schaffen. Edward Hallett Carr, einer der bedeutendsten Vorreiter des Fachs Internationale Politik, war bis 1936 Mitarbeiter im britischen Außenministerium, kam also aus der diplomatischen Praxis eines Weltreichs, des Commonwealth, und schärfe sein theoretisches Profil an den Arbeiten von Reinhold Niebuhr und Karl Mannheim. In seinem Buch über die Krise der 1920er Jahre suchte er herauszufinden, warum der Völkerbund die an ihn geknüpften Ziele nicht erreichen konnte, und legte zugleich ein Kompendium mit Grundsätzen der Außenpolitik vor, das bis heute nicht überholt ist. »Das erste Stadium der internationalen Politik war utopisch, geleitet von einem leidenschaftlichen Willen zum Frieden«, schrieb er. Man konzentrierte sich auf das Ziel, während die analytische Kritik, die die zur Verfügung stehenden Fakten und Mittel betrachtete, als destruktiv und nicht hilfreich verdrängt wurde. Diese Utopisten, »die Pläne für kollektive Sicherheit, internationale Polizei oder ähnliche Projekte konzipieren, antworten auf die Frage, wie diese Pläne realisiert werden sollen, mit dem Argument: Sie müssen durchgesetzt werden, weil die Folgen ihres Scheiterns einfach katastrophal wären«.¹

Carr kritisiert diese idealistisch-normative Herangehensweise: Aus Blei wird kein Gold, auch wenn alle es wünschen. Man hat die chemischen Strukturen der Elemente gefunden, und aufgrund dieses Wissens ist der Beruf des Alchimisten heute verschwunden. Könnte aber nicht aus einer unfriedlichen eine friedliche Welt werden, wenn es nicht an Elementen, sondern nur daran liegt, ob die Menschen es wollen? Tatsächlich zeigt sich, dass alle Versuche, in der Menschheit den gemeinsamen

1 Carr, Edward Hallett 2001 [1939]. *The twenty year's crisis. 1919-1939. An introduction to the study of international relations*. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 8. Carr zitiert hier Woodrow Wilson, der »generally replied to the critic not by an argument designed to show how and why he thought his plan will work, but either by a statement that it must be made to work because the consequences of its failure to work would be so disastrous or by a demand for some alternative nostrum«.

Willen zu einem Weltstaat und zu Plänen kollektiver Sicherheit zu wecken, fruchtlos bleiben, solange sie nicht aus der politischen Realität selbst erwachsen. Das ist das historisch-empirische Wissen der Realisten über die »Elemente« der Politik.

Der Realismus, so Carr, der dann einsetzt, wenn die erste Phase des Wunschklangs vorbei ist, neige freilich »dazu, die Rolle des Willens zu entwerten und implizit oder explizit darauf zu beharren, dass die Funktion des Denkens darin besteht, eine Folge von Ereignissen zu studieren, die man zu beeinflussen oder zu ändern nicht die Macht hat. In Fragen des Handelns neigt der Realismus dazu, die unwiderstehliche Stärke und den unvermeidlichen Charakter der vorhandenen Tendenzen zu betonen und darauf zu bestehen, dass die höchste Weisheit in der Akzeptanz besteht und darin, sich an diese Kräfte und Tendenzen anzupassen«.² Eine solche Haltung könne bis zu einem Punkt führen, an dem die Ergebnisse der Realitätsanalyse in der Sterilisierung des Denkens enden und in der Negation des Handelns überhaupt. Der Realismus laufe also Gefahr, als zwar analytisch brillante, aber vollkommen unbewegliche Bürokratie zu enden.

Parallelen zur Entwicklung des Projekts der Europäischen Union sind unübersehbar. »Ist es vermesssen, den Beschluss anzukündigen und dann auch durchzuführen, bis 1992 alle innergemeinschaftlichen Grenzen aufzuheben?«, fragte Jacques Delors das Europaparlament acht Tage nach dem Antritt zu seiner ersten Kommissionspräsidentschaft. Und im Juni 1989 legte er einen Drei-Stufen-Plan zur Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion vor, der in der Einrichtung der Euro-Zone endete. Der Ökonom Jacques Delors, der aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung kam, wusste, dass man den Freiheiten eines gemeinsamen Marktes eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, Sozialrechte und Schutzmöglichkeiten gegenüberstellen muss, um soziale Verwerfungen zu vermeiden. Doch Delors scheiterte mit diesem Plan an der Front der Mark tutopisten unter der fundamentalistischen englischen Ministerpräsidentin Thatcher: Der Markt sollte für alle gelten, aber Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde zur Sache der Mitgliedstaaten erklärt. Mit den vier Freiheiten³ allein lässt sich zwar ein Markt einrichten, aber selbstregulierende Märkte, in denen Kapital sich frei bewegen kann, neigen zu krisengenerierenden Fehlallokationen und zu entsprechender politischer Instabilität.⁴ Schwerwiegende politische Reaktionen können bei selbstregulierenden Märkten nur vermieden werden, wenn wirtschaftspolitisch gesteuerte Redistributionsmechanismen die asymmetrischen Folgen von Krisen ausgleichen,⁵ wenn also diejenigen, die existentiell

2 Ebd., S. 10.

3 Im Gründungsvertrag der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957 finden sich bereits die Forderungen nach Liberalisierung des Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs in einem gemeinsamen Markt, die als die Grundlage der Europäischen Union angesehen werden. Für die Verwirklichung war eine Übergangszeit von zwölf Jahren vorgesehen. Unter Delors einigten sich die Mitgliedstaaten 1985, bis Ende 1992 die noch bestehenden Schranken innerhalb der Gemeinschaft abzuschaffen und eine Währungsunion zu errichten.

4 Das hatte man aus der Krise gelernt: Im Bretton-Woods-Abkommen wurde die Kapitalverkehrsfreiheit ausgeschlossen.

5 Vgl. Polanyi, Karl 1977. *The great transformation*. Wien: Europaverlag, S. 72 ff.

abhängig sind von kapitalistischen Betrieben, deren Arbeitsplätze, Versorgung und Einkommen an die Produktion gebunden sind, bei Entlassungen, Krankheit und Alter durch entsprechende Sozialleistungen geschützt sind. Delors wusste, dass im Kapitalismus die Demokratie dann gefährdet ist, wenn er keine feste Kombination mit dem Wohlfahrtsstaat eingeht, und hat in diesem Wissen immer wieder die Stärkung der Macht der Gewerkschaften eingefordert.⁶

In allen weiteren Schritten der Integration über den Markt wurde der Aufbau zivilisatorischer Sozialstandards ausgespart, eine Asymmetrie, die sich heute rächt. Die EU, die formal als neutrale Bürokratie agiert, ist zunehmend politischer und einseitiger geworden, wie Miriam Hartlapp und Yann Lorenz in ihrer Studie in diesem Heft anhand von Daten zeigen. Mit ihrem Ursprungsmotiv des Abbaus von nationalstaatlichen Schranken ist sie zu einer Deregulierungsmaschinerie mutiert, die so weit reicht, auch die vorhandenen nationalstaatlichen Daseinsvorsorgeinstitutionen in einen Markt zu verwandeln und damit ihre eigenen Grundlagen anzugreifen. Es ist nicht die amerikanische *subprime*-Krise, in die Europa hineingeraten ist, die europäische Krise ist auch nicht allein eine hausgemachte Fehlallokation von Kapital, das nach Irland und nach Südeuropa geleitet wurde in der Hoffnung auf genauso sichere Erträge wie in Kerneuropa. Es ist auch eine Krise der europäischen Solidarität, die der Fehleinschätzung von Banken und Investoren folgte. Vom Ende der Schönwetterperiode überrascht, griffen die in der restaurativen Periode der 1980er und 1990er Jahre ausgebildeten Eliten in der Krise der Währungsunion in die Mottenkiste der vordemokratischen Ökonomie, in der das Funktionieren von Banken und Währungen ganz selbstverständlich vor der sozialen Sicherung der Beschäftigten rangierte. Es ist auffällig, dass die Maßnahmen der Troika sich bislang an die leicht greifbaren, immobilen Faktoren richten, nicht aber an die mobileren Faktoren, und eine Repatriierung von Kapital nicht vorsehen. Die Angst vor dem Stillstand der Geldautomaten war größer als die Angst vor einem Stillstand im Leben von Menschen durch Arbeitslosigkeit.

Die Länder der europäischen Peripherie, die unter den Fehlallokationen am stärksten zu leiden hatten, haben bis heute nur schwache oder gar keine Sozialversicherungen, mit denen die von der Krise besonders betroffenen Arbeitnehmer aufgefangen werden könnten. Griechenland wurde mit einem beispiellosen Programm zum Abbau von Arbeitnehmerrechten und zur Kürzung aller staatlichen Sozial- und Personalausgaben wirtschaftlich ruiniert und in ein Armenhaus Europas verwandelt, mit einer Austeritäts-Politik, die selbst der Internationale Währungsfonds inzwischen als gescheitert klassifiziert. Dass die europäische Demokratie seither an Ansehensverlust leidet, die Neigung zu Parteien, die Ordnung versprechen, wächst, ist eine Tendenz, die sich verstärken wird, solange der Mut fehlt, das Projekt eines zivilisierten europäischen Sozialstaats anzupacken, der Redistribution und Reziprozität garantiert.

6 Das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital sei »aus dem Gleichgewicht geraten«. Die Gewerkschaften brauchen im Moment unsere Unterstützung, »denn wenn uns dieses Gleichgewicht verloren geht, dann verlieren wir die europäische Seele«, sagte uns Delors im Gespräch; siehe *Leviathan* 3/2010, S. 6.

Während Roosevelt in den USA die Überwindung der Krise – deren Verursachung nicht Einzelstaaten zugewiesen werden konnte – mit einem Sozialstaatsprogramm und einer Stärkung der gewerkschaftlichen Rechte begann, scheint sich die EU-Elite vom Realitätsschock von Krise und Konjunkturumschwung nicht erholen zu können, von vergangenen Tagen zu träumen und magisch die Ursprungsidee und die Bilder aus der Vergangenheit hervorrufen zu wollen. Gefangen in der Idee, dass der Staat in den Markt nicht eingreifen dürfe, die schon Hoover und Brüning vom Handeln abhielt, entgeht ihr auch, dass durch diese Politik immer größere Teile der Bevölkerung gesellschaftlich ausgeschlossen werden und die Euphorie nicht wiederkehren will.

Tatsächlich ist die Europäische Union, vom realistischen Standpunkt aus gesehen, in einer Sackgasse: eine aus den Fugen geratene Konstitutionalisierung, mit der auf der europäischen Ebene Gesetze fixiert werden, deren unumstößliche Geltung das Handeln der Einzelstaaten behindert und ihre demokratische Legitimation gefährdet, eine europäische Gerichtsbarkeit, die statt von der Idee der Gerechtigkeit gegenüber allen Beteiligten von einer Agenda besessen ist, welche die Integration über die Utopie des Marktes erreichen zu können meint, aber dabei übersieht, dass die Basis jeder europäischen Integration im Sozialpakt der Mitgliedstaaten besteht, die allein den inneren Frieden gewährleisten, und schließlich eine Europäische Zentralbank, die mit völlig unzulänglichen Mitteln ausgestattet ist und sich über die gesetzten Regeln hinwegmogeln muss, um den Euro auch in schweren Zeiten zu erhalten, und die dem technischen Ziel der Preisstabilität verpflichtet ist, nicht aber dem Ziel der Vollbeschäftigung.

Ob die EU-Kommission die Botschaft versteht, die aus der politischen Peripherie alles andere als schwach, wenn auch schwach formuliert, an die Oberfläche dringt? Das Beispiel der Handelskommissarin, der bei einer der ersten großen europäischen Unterschriftenaktionen die Ablehnung von 97 Prozent der mehr als einer Million teilnehmenden Bürger entgegenschlug und die trotzdem noch nicht am Investitionsschutzabkommen zweifelt, mag erkennbar machen, dass Bürgermehrheiten nicht die erste Sorge der EU-Kommission sind. Sind die EU-Eliten bereits hilflos eingebunden in das von Luhmann ausgemachte »Weltrecht«, das ohne Staaten funktioniert und als »transnationale Privatjustiz ohne jegliche Einbettung in die nationalen Zivilrechtssysteme arbeitet«?⁷ Was auch immer an Zwängen aufgeführt wird, unter denen EU-Kommissarinnen stehen, dies zeigt, dass die Kommission sich Vertrauensverluste leisten zu können glaubt, weil sie nicht direkt durch Wahlen zur Verantwortung gezogen wird: Verantwortung auch auf der Ebene zwischen Bürgern und den europäischen Institutionen, das hatte Habermas als Maßnahme zur Stärkung der Demokratie in der EU gefordert. Justus von Daniels plädiert deshalb in diesem Heft dafür, die differenzierenden Vorschläge der jüngeren Debatte in die Verhandlungen mit einzubeziehen, bevor ohne Not ein Verfahren mit unkalkulierbaren Risiken etabliert wird, das rechtsstaatliche Strukturen aushebelt.

⁷ Gunther Teubner, »Des Königs viele Leiber«, S. 236, zitiert in Brunkhorst, Hauke 1997. »Die Weltgesellschaft als Krise der Demokratie«, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 45, 6, S. 895-902, hier S. 900 f.

Die Pfadabhängigkeit, in die die EU sich manövriert hat, macht es ihr schwer, aus der Sackgasse herauszukommen. War die Euroschlange, die Vorläuferin des Euro, in der Abwertung und Aufwertung noch relativ flexibel gehandhabt werden konnten, eine Folge der Notwendigkeit, der Dominanz des flottierenden Dollars zu entkommen und über eine eigene, stabilere Währung verfügen zu können, so war die Euro-Zone, in der die Währungen der Mitgliedstaaten fixiert wurden, nicht nur der am weitesten integrierte Teil der Europäischen Union, sondern gleich zugleich jenen »mit nervöser Unverantwortlichkeit rasch zusammengestellten Utopien«, wie sie von schwachen Spielern mit erstaunlicher Kühnheit eingeführt werden, »wenn sie die schwierigsten Probleme des Schachspiels lösen wollen, indem sie selbst die schwarzen und die weißen Figuren führen«.⁸ So wurde der Euro mit hektischer Eile eingeführt, wurden Schwierigkeiten verdrängt und mit dem Hinweis auf eine spätere Korrektur zur Seite geschoben. Institutionen aber verzeihen Unfertigkeiten nicht, einmal ins Leben gesetzt, entfalten alle ihre Fehler die Dynamik eines Zauberbesens, der von den Zauberlehrlingen nicht mehr zu kontrollieren ist. Wenn sich die einen bereits auf ihre Vorteile eingelassen haben, auf die sie Ansprüche zu haben glauben und um keinen Preis verzichten wollen, und wenn die anderen schon so weit abgeschlagen sind, dass sie im Prozess der Öffentlichkeit kein Gehör mehr finden, so mag das im Rahmen einer einzelnen Gesellschaft nicht selten ohne langjährige kri-senhafte Konfrontationen wieder korrigierbar sein. Im Rahmen der vielen europäischen Gesellschaften⁹ aber wurde aus einem Verteilungskonflikt zwischen Kreditnehmern und Kreditgebern eine Konfrontation zwischen den Mitgliedsländern, für die es keinen befriedenden Behandlungsmodus gibt.

Ist in dieser Lage ein Mehr an Integration die Lösung? Ein Mehr an Integration, das solidarische Elemente stärkt? Das ist unumgänglich, so die Antwort von Jürgen Habermas,¹⁰ und Hauke Brunkhorst sekundierte mit Vorschlägen zum Ausweg aus der Sackgasse.¹¹

Oder benötigen wir ein Mehr an Realismus, eine Revision der Utopie, weil die Mittel zu einer Verbesserung vielleicht erkennbar, aber in der politischen Realität nicht vorhanden sind? Was auch immer die Antwort auf diese Frage, in jedem Fall aber bedarf es einer nüchternen Diagnose, in der das Dilemma der supranationalen Demokratie präzise benannt und einem integrationistischen Fehlschluss nachgegangen wird, wie es Fritz Scharpf und Martin Höpner in diesem Heft unternehmen.

Carr, weit davon entfernt, den Utopismus zu verdammen, weiß den Wert des Realismus durchaus zu schätzen – beides habe historisch seinen Platz: »Es gibt ein Stadium, in dem der Realismus das notwendige Korrektiv zu den Übertreibungen des Utopismus wird, so wie es in anderen Stadien der Utopismus ist, der herangezogen werden muss, um die Unfruchtbarkeit des Realismus zu konterkarieren. Utopie und Realität sind die beiden Facetten der politischen Wissenschaft, und gut fun-

8 Alfred Marshall, zitiert in Carr 2001 [1939], S. 9.

9 Die Idee von der »einen Weltgesellschaft« ist selbst eine Utopie, der die Realisten die Existenz der Eigenheiten tatsächlich existierender Gesellschaften entgegensemmt.

10 Siehe *Leviathan* 4/2014.

11 Ebd.

diertes Denken und intaktes politisches Leben wird man nur finden, wo beide ihren Platz haben«.¹²

Utopische Ideen haben die größten Chancen, wenn sie mit einer »force majeure« ausgestattet sind, denn Gerechtigkeitsforderungen – oder auch nur positives Recht – reichen nicht aus, supranationale Organisationen zum Eingreifen zu bewegen. Carr weist auf den einzigen in einem Artikel im alten Völkerbund aufgeführten Fall hin, aufgrund dessen ein Eingreifen möglich wurde: ein »dispute likely to lead to rupture«, ein Konflikt, der zum Bruch einer politischen Einheit führen würde. Die größte Operation einer friedlichen Veränderung im 19. Jahrhundert war diejenige, die der Kongress von Berlin hervorgebracht hat (vgl. dazu Schlöndorff in diesem Heft). Sie revidierte den Vertrag von San Stefano, der der Türkei von Russland aufgezwungen worden war. Aber diese Veränderung stand unter einer Kriegsdrohung: England und Österreich-Ungarn hatten bereits mit einer Kriegserklärung gegen Russland gedroht. Friedliche Veränderungen in der internationalen Politik, die man als einen Fortschritt gegenüber Veränderungen durch kriegerische Maßnahmen betrachten muss, gebe es nur unter einer Kriegsdrohung, schreibt Carr.¹³ Hat sich daran inzwischen viel geändert? Sind nicht lediglich die Mittel der Drohung subtiler und intransparenter geworden?

Um eine politische Veränderung zu begründen, schrieb Bertrand Russell, bedurfte es in einer demokratischen Öffentlichkeit eines moralischen Arguments, um eine Mehrheit der Menschen zu überzeugen. »Wenn eine ordentliche Regierung allgemeine Zustimmung benötigt, muss sie einen Weg finden, eine Mehrheit der Menschen von einer Doktrin zu überzeugen, die nicht diejenige des Thrasymachus ist.«¹⁴ Es muss sich also etwas finden, das von beiden Seiten als gerecht und vernünftig im Sinne der beiderseitigen Beziehungen erachtet wird, vielleicht »ein embryonales Gemeinsamkeitsgefühl zwischen Nationen«, wie Carr es nennt, also eine über die eigene Nation hinauswachsende Empathie. So hat Diplomatie stets funktioniert. Man hat politische Veränderungen historisch vielfach stillschweigend oder ohne Reaktion akzeptiert, wenn sich herausstellte, dass ein Vertrag Ungerechtigkeiten enthielt oder schuf, die in keiner der Öffentlichkeiten der beiden betroffenen Nationen Akzeptanz fanden. Diese Moralisierung der Außenpolitik, die in der Öffentlichkeit einen Kampf der Prinzipien hervorruft, mag man als Zeichen für die Existenz einer »Weltgesellschaft« nehmen. Aber selbst in Bezug darauf sind wir den Zeiten des Völkerbunds noch nicht wirklich entkommen, ist sie doch verbunden mit einer »Entpositivierung und Remoralisierung«, die kaum »als Mittel zur Zivilisierung«¹⁵ dient. Der Rechtsweg ist nach wie vor in Fällen, in denen wichtige Interessen berührt werden, erst dann gangbar, wenn im Hintergrund eine Macht oder eine entsprechend moralisierte Öffentlichkeit existiert, die Druck ausübt, um das Recht zur Geltung zu bringen. Solange also kein unparteiischer Weltstaat existiert, ist die

12 Carr 2001 [1939], S. 10.

13 Ebd., S. 197.

14 Bertrand Russell, zitiert in Carr 2001 [1939], S. 200.

15 Brunkhorst 1997, S. 901. Brunkhorst bezieht sich hier auf die Menschenrechte als Gegenstand der internationalen Politik.

Durchsetzung von Recht an die Machtverhältnisse gebunden, daran hat sich seither nichts geändert.

Die Schwierigkeit der Euro-Zone ist, dass die Öffentlichkeiten in ihren moralischen Urteilen über die Asymmetrien der Belastungen aus den Krisenbewältigungsversuchen weit auseinanderliegen und dass diese Kluft sich zwischen den Mitgliedsgesellschaften auftut, was der Integration schweren Schaden zufügt. Und es zeigt sich, dass »nationale und regionale Mentalitäten ebenso hartnäckig überleben wie die Erinnerung an große historische Umbrüche«, wie unser Autor Volker Schlöndorff schreibt. Er setzt hinzu: »Alle Menschen werden Brüder? Vielleicht, aber auf jeden Fall sehr unterschiedliche Brüder. Das gelegnet zu haben, daran krankt unsere gemeinsame Währung, und daran kranken unsere europäischen Institutionen. Bei beiden hat man – wohl geblendet von der schönen Utopie eines gemeinsamen europäischen Hauses – den Ruf nach einem Europa der Vaterländer ignoriert«.

Weltgesellschaft bleibt ein Abstraktum, während die Staaten sich um ihre Sicherheit und um ihre Einflusssphären sorgen, die an konkrete Durchsetzungsmöglichkeiten dringlicher gebunden sind denn je, seit sie durch das Internet Erosionsgefahren ausgesetzt scheinen. Eine wichtige Voraussetzung des Regierens ist daher die Adressierbarkeit der Bürger: Ohne Adressen keine Bevölkerung, und eine Bevölkerung, die ihr Leben mehr und mehr im Internet vollzieht, wo staatliche Papierdokumente kaum Geltung haben, bedroht die Macht der Regierungen zur gesellschaftlichen Steuerung und Besteuerung der Menschen im Staatsgebiet und fordert entsprechend neue Identifikationsmöglichkeiten heraus (Christoph Engemann in diesem Heft).

Die Europäische Union verfügt über politische Macht – freilich nur, solange die Mitgliedsländer ihr bei der Durchsetzung praktisch beistehen. Sie kann Veränderungen verfügen ohne Kriegsdrohung – ein Fortschritt für das jahrhundertelang kriegsgeschüttelte Europa. Aber diese weiche Macht arbeitet nur im Sinne der EU-Integration, solange die Mitgliedstaaten sich einig sind. Eine Erosion der EU beginnt daher notwendigerweise in dem Augenblick, in dem für eine größere Anzahl von Staaten die Nachteile langfristig stärker wiegen als die Vorteile und sich nicht mehr nur die Handelsbilanz, sondern auch die politische Stimmung nicht mehr positiv wenden lässt. Regierungen müssen handeln, wenn im Innern die Entfremdung und die Bereitschaft zum Ausstieg so stark anwachsen, dass der Durchbruch zur Veränderung nicht mehr aufzuhalten ist. Sollte in einem solchen Moment eine Änderung der Verträge, also ein friedlicher Wandel im Konsens, verweigert werden oder nicht möglich sein, wird eine Attitüde des Zynismus gegenüber der Rolle der Moral in den internationalen Beziehungen Platz greifen, die friedlichen Regelungen keinen Raum lässt.

Von den 5 Billionen Euro des Vermögens deutscher Haushalte liegen nach Angaben von Vermögensverwaltern zwei Billionen Euro »faul« auf deutschen Bankkonten: Das Kapital ist »arbeitslos« mangels ertragreicher Anlagemöglichkeiten. Immobilienpreise und Aktienpreise steigen, obwohl wenig Aussicht auf das Ende der Rezession bestehen. Der Druck, der auf den Vermögensverwaltungen liegt, wächst und erhöht die Gefahr von Fehlallokationen. Die Maßnahmen der EU zur Krisenbewältigung, von der Erhöhung der Eigenkapitalquoten der Banken und den Stress-

tests bis zur Schuldenbremse für öffentliche Haushalte, sind nicht geeignet, die eigentliche Ursache der Krise, die Fehlallokationen, zu bekämpfen und Blasenbildung verhindern, denn sie enthalten keine Möglichkeiten für die Staaten, gegen falsche Anreize vorzugehen. Stattdessen zeugen sie nicht nur von einem fortgesetzten Misstrauen gegen die Staaten und einem weiterhin ungebremsten Vertrauen gegenüber privaten Anlegern, sondern auch vom Fortwirken der Angebotsökonomie in den Köpfen, die die Krise herbeigeführt hat.

Werden genügend Kräfte aus der politischen Realität erwachsen, um den Vorschlägen zur Rettung eine Chance zu bieten? Oder ist das Dilemma der EU unüberwindbar? Kann die Handelsbilanz der Eurozonenperipherie gegenüber Deutschland sich jemals ins Plus wenden? Die Lage ist nicht leicht einzuschätzen: Welche historische Periode gleicht der unseren? Stehen wir am Ende einer Liberalisierungsperiode und am Beginn der Suche nach einer neuen Ordnung wie zu Beginn der 1930er Jahre? Oder stehen wir am Vorabend einer europäischen Revolution wie 1789? Als die Freigabe der Brotpreise als Liberalisierung und Sieg der Freiheit gefeiert wurde, wies man die Königin darauf hin, dass die Leute hungern, weil sie sich kein Brot mehr leisten können. Verblendet von ihrer höfischen Umwelt soll Marie Antoinette geantwortet haben: »S'ils n'ont pas de pain, qu'ils mangent de la brioche«.¹⁶ Was immer man der als Erzherzogin von Österreich geborenen Maria Antonia Josepha Johanna nachsagt, die als jüngste Tochter der Kaiserin Maria-Theresia an den französischen Hof verheiratet worden war, um das vom französischen Volk niemals ganz verstandene ehrgeizige Projekt der Umkehrung der Allianzen mit einer Heirat zu festigen: Die Metaphorik des Ausspruchs ist so einprägsam, dass man es als Warnung gegen alle zu weitgehenden Liberalisierungsschritte verstehen muss.

Reinhard Blomert

16 »Wenn sie kein Brot haben, sollen sie doch Kuchen essen.« Es war Rousseau, der der in Frankreich ungeliebten Königin diese Worte in den Mund legte.